WOSTOK

Informationen aus dem Osten für den Westen

Nr. 2 – Sommer 2019 Euro 7,00

...twicklung • Usbekistan: Zeit der ...bildung in Moldova • Weiterhin Kirchenstreit in der Ukraine • Präsidentenwahl in Kasachstan

WOSTOK
Informationen aus dem Osten für den Westen

A 3360 E

AVZ GmbH - Storkower Str. 127a - 10407 Berlin
DPAG, PVSt, ENTGELT BEZAHLT 03360
5
KD-NR.:960026
Firma
Deutsch Russisches Forum
Schillerstr. 59
10627 Berlin

Düren – Begegnung und Austausch zwischen Städten und Städtepartnerschaftsvereinen

Düren empfing die 15. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz vom 25. bis 28. Juni 2019, und die Stadt beziehungsweise der Landkreis waren phantastische Gastgeber für die rund 800 Gäste aus deutschen und russischen Partnerstädten sowie Städtepartnerschaftsvereinen und der Zivilgesellschaft. Eingeladen zur Konferenz hatten der Landkreis Düren, das Deutsch-Russische Forum, der Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften, die Assoziation der Partnerstädte Rußlands und die Stiftung West-Östliche Begegnungen mit freundlicher Förderung des Auswärtigen Amts. Nach Kranzniederlegung auf dem Aachener Westfriedhof II, feierlicher Eröffnung im Krönungssaal des Aachener Rathauses und anschließendem Empfang am ersten Tag folgten anderthalb straffe Arbeitstage mit Podiumsdiskussion und sieben Arbeitsgruppen, die der Energieeffizienz, der Digitalen Stadt, den Strategien für eine nachhaltige Entwicklung, der Zusammenarbeit in Kultur, Wissenschaft und Sprachförderung, Inklusion und Teilhabe, Wegen zum Frieden und der medizinisch-wissenschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit gewidmet waren. Den Abschluß bildete im Plenum die Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie des 3. Jugendforums in den Deutsch-Russischen Städtepartnerschaften. Das Fest der Begegnung auf Schloß Burgau im Landkreis Düren bot am Abend des zweiten Konferenztages nicht nur Zeit für Gespräche, weiteren Erfahrungsaustausch und das Knüpfen neuer Kontakte, sondern auch zum Feiern und Entspannen. Abgeschlossen wurde die Konferenz mit einem inhaltlich den Themen der Arbeitsgruppen folgenden Besuchsprogramm zum Forschungszentrum Jülich, zum Tagebau Hambach, in eine Senioreneinrichtung und ein Krankenhaus in Düren und zu einer Friedensaktion mit Schülern in Vossenack. Noch ungewiß ist, welche russische Stadt Gastgeber der 16. Russisch-Deutschen Städtepartnerkonferenz im Jahre 2021 sein wird. Wie es von den Veranstaltern zum Abschluß hieß: Die Latte wurde mit dieser 15. Städtepartnerkonferenz hoch gehängt. (bw)

Die 15. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz in Düren. Die Latte hängt hoch

Fangen wir mit dem Abschluß der 15. Deutsch-russischen Städtepartnerkonferenz an, die vom 25. bis 28. Juni 2019 in Düren stattfand. Es war eine schöne, bewegende, inhaltsreiche und Maßstäbe setzende Konferenz, so der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums Matthias Platzeck. Die Latte für die Folgekonferenzen sei hoch gehängt; mit über 800 Teilnehmenden war es die bislang größte Konferenz in der Geschichte dieser Städtepartnerkonferenzen. Es habe sich erneut gezeigt, daß das wichtigste Plenum der Volksdiplomatie die Städtepartnerkonferenzen sind. Wünsche gab er auch mit auf den Weg: Auch das Jugendforum in den Deutsch-Russischen Städtepartnerschaften, das in Düren nun zum dritten Mal tagte, solle zu einem solchen Kernplenum werden, und man hoffe, in zwei Jahren mit elektronischen Visa nach Rußland zur nächsten Städtepartnerkonferenz zu reisen und die russischen Gäste in vier Jahren visafrei nach Deutschland einladen zu können. Sergej Paramonow, Vorsitzender der Assoziation der russischen Partnerstädte, wollte das 15. Städtepartnertreffen mit Goldenen Buchstaben in die Geschichte der Städtepartnerbewegung einschreiben. 51 russische Städte aus 19 Regionen hatten mit annähernd 300 Vertretern in Düren teilgenommen, zudem war Rußland mit Vertretern der Gesellschaftlichen Kammer, der Duma, des Föderationsrats und der Diplomatie hochrangig vertreten. Sergej Paramonow, Mitinitiator der Städtepartnerkonferenzen, war in seiner Funktion als Vizepräsident der Assoziation der Partnerstädte wohl das letzte Mal dabei. Der Landrat des Kreises Düren Wolfgang Spelthahn, Gastgeber der Konferenz, verabschiedete die Teilnehmer der inhaltlich teils kontrovers, aber ergebnisorientiert geführten Konferenz mit den warmen Worten, es sei zu wenig, wie die deutsche Politik zu sagen: „Wir sind uns einig, daß wir uns an bestimmten Punkten nicht einig sind". Nein, die Zivilgesellschaft sei sich ganz einig, „daß wir Freunde sein wollen".

Eröffnet wurde die Konferenz mit einem feierlichen Auftakt im sogenannten Krönungssaal des Aachener Rathauses, ein symbolischer Ort, an dem alljährlich auch der „Internationale Karlspreis" verliehen wird.

Zahlreiche Grußansprachen, ein Festbeitrag und Grußworte mit Bezug und ohne Bezug auf die sich in einer Schieflage befindlichen deutsch-russischen Beziehungen, auf die Krim, mit vorwärtsschauenden Gedanken in das nächste Jahr, in dem nicht nur Rußland des 75. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus gedenken wird, und bei allen Rednern mit einem klaren Bekenntnis zur hohen Wichtigkeit der Volksdiplomatie, der Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Beziehungen und des zivilgesellschaftlichen Engagements als Brücken zwischen den Völkern und der Verständigung. Die Konferenzteilnehmer wurden begrüßt von Landrat Wolfgang Spelthahn und Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp. Mit Grußworten wandten sich Michelle Müntefering, Staatsministerin für internationale Kultur- und Bildungspolitik im Auswärtigen Amt, die natürlich die Annexion der Krim ansprechen mußte, und Michail Schwydkoi, Sonderbeauftragter des russischen Präsidenten für internationale kulturelle Zusammenarbeit an die Versammlung. Letzterer verlas zudem ein Grußwort des russischen Präsidenten Wladimir Putin. In seiner Festansprache wandte sich der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Armin Laschet in besonderer Weise der Geschichte und dem Zweiten Weltkrieg mit 27 Millionen Toten auf sowjetischer Seite zu – Zivilisten und Soldaten. Daß man mit der Kranzniederlegung am Gedenkstein für Sowjetische Zwangsarbeiter auf dem Aachener Westfriedhof II im Vorfeld der Eröffnung der Konferenz dem Leiden der sowjetischen Bevölkerung Referenz erwiesen hatte, war ein deutliches Zeichen. Ein „Segen der Geschichte" sei es gewesen, daß das sowjetische Volk 45 Jahre später bereit war, die deutsche Wiedervereinigung zu akzeptieren. Auch Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, hob, nachdem er die freundlichen Grüße von Bundeskanzlerin Angela Merkel verlesen hatte, hervor, daß es die Rote Armee war, die die Hauptlast bei der Niederschlagung des Faschismus getragen hatte, und daß die Bereitschaft zu Vergebung, Versöhnung und Freundschaft ein unschätzbares Geschenk des russischen Volkes nach dem deutschen Vernichtungskrieg – und es war erklärtermaßen ein Vernichtungskrieg – sei. Der russische Botschafter Sergej Netschajew, Aleksej Didenko, Vorsitzender des Dumaausschusses für föderalen Aufbau und kommunale Selbstverwaltung, Sergej Paramonow, Vizepräsident der Assoziation der Partnerstädte, und Jelena Hoffmann, Vorstandsvorsitzende der Stiftung West-Östliche Begegnungen setzten eigene Schwerpunkte mit Blick auf die Wahrung des Friedens in Europa und die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen. Der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften Peter Franke griff unbelastet von jeglicher Diplomatie Fragen auf, die den Bürgergesellschaften beider Länder am Herzen liegen. Ob Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes, die zivilgesellschaftliches Engagement behindern, ob die Forderungen nach Visaerleichterungen, wie sie zuletzt einmal mehr bei der Abschlußkonferenz des Deutsch-russischen Jahres der regionalen und kommunalen Partnerschaften im September 2018 im Auswärtigen Amt erhoben worden waren, ob die Angebote, die die russische Seite etwa bei der Fußball-WM 2018 mit der Visafreiheit für Fußballfans und mit der zu erwartenden

Mit Grußworten wandten sich Staatsministerin Michelle Müntefering und Michail Schwydkoi, Sonderbeauftragter des russischen Präsidenten, an die Versammlung

Einführung des elektronischen Visums ab dem 1. Januar 2021 macht – die EU und Deutschland hinken hinterher. Auch verwies er auf die Forderungen nach einem Stop der Sanktionen beziehungsweise die Unsitte der einfachen Verlängerung der Sanktionen ohne große Diskussion in den politischen Kreisen, auf die falschen Forderungen nach einem Stop von Nord Stream-2, um angesichts der geforderten Energiewende dann US-amerikanischem Frackinggas einen Platz auf dem EU-Markt zu sichern. Und er verwies darauf, daß 2,5 Millionen Bürger der Krim keine Schengen-Visa erhalten würden und fragte, wofür man sie bestrafe. Dafür, daß sie von Rußland annektiert worden seien oder daß sie sich Rußland freiwillig angeschlossen hätten? Dies sei sicherlich keine Werbung für die von der EU und auch von Deutschland verbal hochgehaltenen Werte von Bürgerrechten und Freizügigkeit. Und auch das. Es reiche nicht, an den 75. Jahrestag zu erinnern. Vielmehr sei zu überlegen, was die Zivilgesellschaft tun kann, um der Zerschlagung des Faschismus im nächsten Jahr in Deutschland in würdiger Weise zu gedenken. Der BDWO-Vorsitzende schlug vor, sich dafür einzusetzen, den 8. Mai zu einem bundesweiten Gedenktag zu machen.

Ein besonderes Geschenk hatten die „Russian Seasons" der Konferenz gemacht, denn neben dem aus Düren stammenden Pianisten Lars Vogt und dem Musikensemble „Malenki Sekret" („Das kleine Geheimnis") aus dem Partnerkreis Mytischi des Landkreises Düren gestaltete der Pianist Rem Urasin aus Kasan ein musikalisches Intermezzo zwischen all den Grußworten.

Freuen konnten sich die Anwesenden über die Unterzeichnung von Kooperationsabkommen zwischen dem Deutsch-Russischen Forum und der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation, zwischen dem Institut für kommunale Entwicklung, Krasnojarsk, der Kommunalakademie Rheinland-Pfalz, der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Deutsch-Russischen Forum sowie über die neuen Städtepartnerschaften zwischen Innopolis und Elgersburg sowie Heilbronn und Noworossijsk.

Der zweite Konferenztag forderte allen Konferenzteilnehmern einiges ab. Bei hochsommerlichen Temperaturen traf man sich zur Podiumsdiskussion zum Thema „Quo vadis deutsch-russische Beziehungen?", die Matthias Platzeck mit den Worten, daß Diskussion und Austausch Anregungen geben sollen, da der Entfremdungsprozeß zwischen Deutschland und Rußland Sorgen mache und gerade auch die Deutschen aufgrund der Geschichte eine besondere Verantwortung hätten, an den Moderator Waleri Fadejew, Vorsitzender der Gesellschaftskammer Rußlands, übergab.

Neue Städtepartnerschaften zwischen Elgersburg und Innopolis sowie Heilbronn und Noworossijsk wurden unterzeichnet

Und Fadejew führte die illustre Runde bestehend aus dem Koordinator der Bundesregierung für zivilgesellschaftliche Beziehungen mit Rußland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Bundestagsabgeordneten Dirk Wiese, der Journalistin und Publizistin Gabriele Krone-Schmalz und dem Vorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften Peter Franke auf deutscher Seite sowie dem Sonderbeauftragten des Präsidenten für internationale Kulturbeziehungen Michail Schwydkoi und dem Vorsitzenden der russisch-deutschen Parlamentariergruppe in der Staatsduma Pawel Sawalny auf russischer Seite und im Austausch mit den Anwesenden durch den Morgen. Volksdiplomatie, die es jenseits der politischen Schützengräben thematisch auszubauen, zu vertiefen und zu erweitern gelte, wie von Dirk Wiese angesprochen, der kritische Blick auf die mediale Begleitung der deutsch-russischen Beziehungen und Feinbildschaffung, wie von Gabriele Krone-Schmalz benannt, die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und der 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, denen sich Peter Franke widmete, die deutsch-russische parlamentarische Zusammenarbeit und Nord Stream-2, die Pawel Sawalny besonders am Herzen lagen, oder die Kulturbeziehungen als Basis für mehr Völkerverständigung, wie von Michail Schwydkoi gesetzt – unterschiedliche Bereiche der Schieflagen und positiven Entwicklungen in den Beziehungen wurden benannt und diskutiert und später von den Konferenzteilnehmern in Nachfragen, Diskussionsbeiträgen und Anregungen aufgegriffen.

Natürlich stand das große Streitthema Ukraine und der Umgang mit der Krim im Raum, zu der drei deutsche Städte auf Eis gelegte Städtepartnerschaften unterhalten. Wie hilfreich es ist, Dirk Wiese auf Freiheitsrechte und Bürgerkontakte mit den Menschen der Krim angesichts der Mauerpolitik der Bundesregierung in der Krim-Frage anzusprechen, sei dahingestellt. Allen sind die Haltung der Bundesregierung und die Drohung des Auswärtigen Amtes bekannt, daß Fördergelder zurückgezogen werden, sobald ein Bewohner der Krim an einer geförderten deutsch-russischen Maßnahme teilnimmt. Befriedigend für die Zivilgesellschaft ist der Verhärtungszustand nicht, und fraglos könnte man bei ein wenig gutem Willen aller Seiten ein gesondertes Regelwerk für die Krimbewohner finden, das war schließlich auch zu Hochzeiten des Kalten Krieges möglich wie man auch in Zeiten der Zuspitzung im EU-Belarus-Verhältnis auf deutscher Seite stets den Standpunkt vertreten hat, daß zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und Bürgerbegegnungen von Strafmaßnahmen ausgenommen sein sollten. In der Krim-Frage sind die Fronten verhärtet: Annexion versus Sezession – das zog sich durch den ganzen Morgen. Ob es in der Gesamtdiskussion zielführend ist, den Begriff der Annexion als propagandistische Vorgabe zur Gehirnwäsche zu verurteilen, wie es Pawel Sawalny tat, steht in Frage. Eine wichtige Anmerkung von Gabriele Krone-Schmalz bleibt, daß es für eine militärische Intervention völkerrechtlich nur zwei Gründe gibt – der erste: Völkermord, der zweite: Annexion. Daß sich die NATO geschlossen hinter der Interpretation der „Annexion der Krim" versammelt hat, sei besorgniserregend. Andererseits spielt für die westliche Verteidigungslinie Rußlands Sewastopol eine herausragende Rolle, dies stellte Waleri Fadejew ohne Wenn und Aber klar.

Das Medienthema war dankbarer, inwieweit die Zivilgesellschaft wirklich unbeeindruckt von den massiven Angriffen auf Rußland seitens der deutschen Mainstream-Medien ist, auch dies sei dahingestellt. Bürgerreisen, die nicht stattfinden, Schüleraustausche, die abgesagt werden, zeugen von einer doch vorhandenen Einflußnahme, auch wenn die Zivilgesellschaften auf beiden Seiten ihre teils jahrzehntelangen Kontakte pflegen und ausbauen. Daß es in Deutschland eine tiefe Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung gibt, ist unstrittig, daß der heute gepflegte Stil im deutschen Journalismus kritisch hinterfragt werden muß, keine Frage, und daß sich der Journalismus längst von einer kritischen Begleitung zur einseiti-

gen Meinungsbildung verabschiedet hat, das versteht jeder, der den meinungsmachenden Medien – egal ob öffentlich-rechtliche Sender oder bürgerliche Presse von FAZ über SZ bis hin zu Spiegel – halbwegs folgt. Auch gilt, daß die Nachteile des Internets, die Macht der Likes und Dislikes in den Gesellschaften beider Länder noch nicht verinnerlicht wurde. Wie leicht es ist, ein Volk

kriegsbereit zu machen, lehrt die Geschichte.

Aber auch die russischen Medien pflegen ihre Bilder. Auch in Rußland muß eine Diskussion, um die mediale Besetzung von Themen im staatlichen Interesse stattfinden, dafür plädierte Peter Franke. Anregungen ähnliches wie die Atlantik-Brücke in den deutsch-amerikanischen Beziehungen auch zwischen Deutschland und Rußland auf den Weg zu bringen, hören sich gut an. Michail Schwydkoi schlug vor, basierend auf der Zeitung des Petersburger Dialogs ein solches Netz aufzubauen. Unabhängig davon könnte eine Arbeitsgruppe Medien im Rahmen der Städtepartnerkonferenzen möglicherweise Anregungen bieten.

Friedens- und Abrüstungspolitik, auch dies ein wichtiger Punkt, der, anknüpfend an die historischen Beziehungen und insbesondere den Zweiten Weltkrieg, immer wieder anklang. Es ist ein richtiges und wichtiges Ziel, den 8. Mai in Deutschland als einen kalendarischen Feiertag zu verankern. Vor dem Hintergrund, daß es kaum noch Zeitzeugen der schrecklichen Kriegskatastrophe gibt und damit die persönliche Vermittlung fehlt, kann ein Gedenktag, wie er in einigen ostdeutschen Bundesländern bereits gepflegt wird, würde er denn bundesweit in Deutschland eingeführt, neue Möglichkeiten bieten, die junge Generation zu erreichen.

Mit der Ukraine verknüpft ist auch die Frage der Nord Stream-2-Pipeline. Einer heftigen Gegenwehr der Ukraine, der baltischen Länder, Polens und natürlich der USA steht der unbedingte Wille der deutschen Regierung entgegen, das Projekt gemeinsam mit Rußland umzusetzen, mit dieser Versicherung erntete Dirk Wiese fraglos eine Reihe Sympathiepunkte.

Der Nachmittag des 2. Tages war den sieben Arbeitsgruppen vorbehalten. Daß sie intensiv gearbeitet hatten, zeigte sich bei der Präsentation der vielfältigen Ergebnisse am Morgen des 3. Konferenztages

Der Nachmittag war den Arbeitsgruppen vorbehalten. Daß sie intensiv gearbeitet hatten, zeigte sich bei der Präsentation der vielfältigen Ergebnisse am Morgen des dritten Konferenztages. Wohl wahr, am Abend hatten die Konferenzteilnehmer beim „Fest der Begegnung" auf Schloß Burgau noch Gelegenheit zu fortführenden Gesprächen, Kontaktknüpfen und – natürlich – zum Feiern.

Die Arbeitsgruppe 1 „Energieeffiziente und nachhaltige Stadtentwicklung" widmete sich den Fragen, wie Städte und Gemeinden angesichts einer weltweit zu beobachten Verstädterung mit den Fragen Energie, Energieeffizienz und nachhaltiger Entwicklung umgehen. Die Arbeitsgruppe, vorgestellt vom Leiter der Abteilung Stromwirtschaft im Energiezentrum Skolkowo Aleksej Chocholow, hatte ihre Arbeit in einen energiestrategischen Teil mit der Präsentation einzelner Kommunen und einen praktischen Teil gegliedert. Unterschiede wie etwa die Umsetzungskette von oben nach unten in Rußland und von unten nach oben in Deutschland wurden ebenso herausgearbeitet wie unterschiedliches Herangehen – Energieeinsparung und Kostensenkung auf russischer Seite und klimarechtliche Tagesordnung auf deutscher Seite.

Georg Schneider, Geschäftsführer der silwar GmbH, stellte die Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 „Digitale Stadt" vor, die sich in drei Panels gliederte. Smart Cities anhand der Beispiele Kaluga und Moskau zeigen, wie weit russische Städte schon in der Nutzung innovativer digitaler Technologien

gegangen sind: digitale Dienstleistungen, digitale Interaktion von Stadt und Bürger sowie Bürger und Umwelt, intelligente Verkehrsmanagementsysteme, das Monitoring neugepflanzter Bäume, die Einführung der Gesundheitskarte. In letzterem Zusammenhang wurden Fragen des Datenschutzes diskutiert. Natürlich steht in Frage, inwieweit die Erfahrungen vergleichsweise reicher Kommunen wie Moskau ohne weiteres auf ärmere russische Kommunen übertragbar sind. Das zweite Panel widmete sich der Start-up-Szene in Deutschland und Rußland und der Frage, wie Städte und Gemeinden sich interessant für die Ansiedlung innovativer Jungunternehmer machen können. Klar wurde, daß sich die russische Start-up-Szene als relativ isoliert von Europa betrachtet und die deutsche Start-ups kaum mal einen Standort in Rußland wählen. Das dritte Panel kann kurz unter der Losung vom „internet of things" zum „internet of systems" zusammengefaßt werden, das heißt die Nutzung digitaler Plattformen und von lokalen Vernetzungen städtischer Infrastrukturen zur Änderung städtischen Lebens. Hier spielen Wissenstransfer und die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Umsetzung technologischen Know-hows eine besondere Rolle. In der Arbeitsgruppe zeigte sich, daß es in Deutschland nach wie vor eine größere Versicherungs- und Absicherungsmentalität gibt, während man in Rußland risikobereiter ist. Doch wurden, unabhängig geachtet, daß sich Deutschland als weniger „digitalisierungsfähig" erweist, Brückenpfeiler für weitere Kooperationen gesetzt.

Bernhard Kaster, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, präsentierte die Arbeit der Arbeitsgruppe 3 „Strategien für eine nachhaltige Entwicklung von Kommunen und Regionen". Hier widmete man sich unter dem Stichwort „Lebensqualität entscheidet sich vor Ort" wichtigen Themen wie Bürgerbeteiligung, Daseinsvorsorge, Stadt und ländlicher Raum, Abfallwirtschaft, Di-

gitalisierung, Mobilität/Verkehr und Strukturwandel. Bei einigen Themen liegen die Unvergleichbarkeiten in beiden Ländern auf der Hand – die Anforderungen in Rußland mit Blick auf Mobilität und Verkehr sind ganz andere als im kleinteiligen Deutschland, das weiter insbesondere in ländlichen Räumen den Privatverkehr favorisiert. Medizinische Versorgung in ländlichen Räumen ist für beide Länder ein drängendes Problem, für das man angesichts von Optimierungen in Rußland und Arztpraxenmangel auf dem Land in Deutschland in beiden Länder noch keine Lösungen gefunden hat. Drängend die Abfallwirtschaftsthematik in Rußland, hier ergeben sich fraglos gute Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kommunen beziehungsweise zwischen Kommunen und Unternehmen. Mit Blick auf die Digitalisierung wiederum kann die deutsche Seite von russischen Kommunen einiges lernen, insbesondere unter dem Aspekt, daß Digitalisierung ein nicht rein technisch-technologischer und wirtschaftlicher Prozeß, sondern auch ein gesellschaftsverändernder Prozeß ist.

Oksana Kogan-Pech, Projektleiterin des BDWO, legte Inhalte und Ergebnisse der Arbeitsgruppe 4 „Zusammenarbeit in Wissenschaft, Kultur und Sprachförderung" dar. Ein wichtiger Hinweis war, daß der den Arbeitsgruppen vorbehaltene Zeitrahmen für ausführliche Diskussionen zu eng gesetzt ist. Eines der Fazite war, daß die Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich auf hohem Niveau floriert, dabei zwischen Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen gleichermaßen. Allerdings hätten die Bildungsreformen in Rußland und der Bologna-Prozeß in Deutschland das Bildungsniveau in beiden Ländern beachtlich absinken lassen. Ein Studierendenaustausch, der sinnigerweise auch Praktika in deutschen Unternehmen einschließt, wird durch behördliche Hindernisse teils erschwert. Bildung, da waren sich alle Teilnehmer einig, ist ein Thema, um das man kämpfen muß. Der Bereich Kultur ist in den deutsch-russischen Beziehungen ein dankbares Feld. Allerdings gilt wie überall, daß es der Generierung von Fördergeldern bedarf. Der Initiativen sind fern von staatlichen Leuchtturmprojekten auf kommunaler und städtepartnerschaftlicher Ebene viele und interessante. Im Bereich der Sprachförderung Russisch in Deutschland ist klar, daß es dabei nicht nur um Förderung der Sprachkompetenz Jugendlicher aus russischsprachigen Familien gehen darf, vielmehr muß der Blick – wie es in anderen AGs auch anklang – auf die deutsche Jugend gelenkt werden, die ihren Blick Richtung Osten und Rußland erweitern muß. Eine gute Anregung für die Städtepartnerschaften ist, Bibliothekspartnerschaften in den Blick zu nehmen. Denn auch in Rußland sind Bibliotheken weit mehr als Buchausleihstellen, sie sind Veranstaltungsorte, Lese- und Diskutierklubs.

Swetlana Andrejewa, Projektmanagerin der Initiative „Gleiche Chancen", berichtete über die Arbeit der Arbeitsgruppe 5 „Inklusion und Teilhabe", ein Thema, das eigentlich laut Resolution der Städtepartnerkonferenz 2011 in Uljanowsk Bestandteil aller Arbeitsgruppen sein sollte, aber dann doch nicht immer ist. In Rußland geht es um einen Systemwechsel in der Frage „Leben in Würde" für alle. Das System „soziale Dienstleistung" muß zugunsten des Systems „soziale Begleitung" aufgegeben werden, was weitere Änderungen an der Gesetzgebung in Übereinstimmung mit den von Rußland ratifizierten internationalen Konventionen erfordert. Von Deutschland könne man Erfahrungen übernehmen, wie Bedarfe und Rechte von Menschen mit Behinderungen von unten nach oben durchgeleitet werden. Im städtepartnerschaftlichen Kontext sei es geboten, daß breite Thema der Teilhabe auf die Verwaltungsebene zu heben.

Monika Tharann, Geschäftsführerin der Stiftung West-Östliche Begegnungen, brachte aus der Arbeitsgruppe 6 „Zivilgesellschaft gestaltet Städtepartnerschaften" einige Ergebnisse zu Gehör. Der Ansatz der Trilateralität in Städtepartnerschaften,

Das 3. Jugendforum in den Deutsch-Russischen Städtepartnerschaften hatte fünf Tage in Düren getagt. Bei ihrer Schlußpräsentation stellten sie „ihre" Themen vor: historische Erinnerung, Umwelt, Inklusion und Digitalisierung

neue Anforderungen an den Friedensdialog in Zeichen geopolitischer Spannungen und eine breitere Einbindung der Städtepartnerschaften, damit der Zivilgesellschaft, an die Gestaltung der Außenpolitik waren Themen. Auch aus dieser AG kam die Anregung den 8. Mai und den 22. Juni als bundesrepublikanische Gedenktage zu verankern. Vor allem aber sollte das Ziel aller zivilgesellschaftlichen Bemühungen sein, daß der Gedanke „Friedenspolitik statt Aufrüstung" stärker in der Städtepartnerbewegung verankert werde.

Prof. Dr. Helmut Hahn, Vorsitzender des Koch-Metschnikow-Forums, führte zur erstmals eingerichteten Arbeitsgruppe 7 „Medizinisch-wissenschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit in Partnerstädten" aus, daß eine funktionierende Zivilgesellschaft nur so gesund ist, wie die Menschen gesund sind, Gesundheit demnach als höchstes Lebensgut betrachtet werden müsse. Historisch pflegen Deutschland und Rußland lange Beziehungen in den Naturwissenschaften und medizinischen Wissenschaften. Die zehn in der Arbeitsgruppe betrachteten medizinischen Spezialthemen brachten allesamt gute Ergebnisse. Und auch aus dieser AG kam ein Appell an das Auswärtige Amt – eine gezielte Förderung der medizinisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Städtepartner und darüber hinaus, wie 2008 im Rahmen der deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft vereinbart worden sei, solle ausgebaut werden, auch wenn es seit 2016 eine entsprechende Arbeitsgruppe im Petersburger Dialog gebe. Denn gerade der Bereich „Gesundheit" biete hervorragende Möglichkeiten, auch in schwierigem politischem Umfeld positive Signale der Zusammenarbeit zu setzen.

Es gab viele Nach- und Zwischenfragen, bevor die Teilnehmer des 3. Jugendforums in den Deutsch-Russischen Städtepartnerschaften, das insgesamt fünf Tage in Düren getagt hatte, ihre Abschiedspräsentation vorstellten. Ja, da tauchten vier für die junge Generation wichtige Themen auf: historische Erinnerung, Umwelt, Inklusion und Digitalisierung.

Dank gebührt dem Landkreis Düren auch für das abschließende Besuchsprogramm, das ins Forschungszentrum Jülich, den Tagebau in Hambach, in Sozial- und medizinische Einrichtungen sowie zu einer Friedensaktion nach Vossaneck führte. Dank auch an den Städtepartnerschaftsverein Köln-Wolgograd, der, schon außerhalb des Konferenzprogramms, die Ausstellung „Stalingrad – Appell an den Frieden" in der Kartäuserkirche in Köln ermöglichte.

Britta Wollenweber, Berlin

BDWO, Friedrichstr. 176-179,
Zimmer 618, 10117 Berlin
Tel.: 030/20455120, Fax: 030/20455118
e-mail: info@bdwo.de
www.bdwo.de